

„Was kümmert uns die Bevölkerung“

Erdöl- und Erdgasförderung in Manipur

U. Jenison Singh

Der im Nordosten Indiens gelegene Bundesstaat Manipur gilt als Land der Juwelen, als reich an Naturressourcen. Land und Leuten ist dies allerdings bis heute nicht gut bekommen. Multinationale Konzerne hatten meist an Gesetz und Konsultationsregularien vorbei die Bodenschätze ausgebeutet. So auch in jüngerer Zeit: Im Januar 2016 präsentierten Landes- und Zentralregierung die „Kohlenwasserstoff-Vision 2030 für den Nordosten“ (*North East Hydrocarbon Vision 2030*), der zufolge in den nächsten 15 Jahren im Nordosten Indiens die Öl- und Erdgasförderung beschleunigt betrieben werden soll.¹ Die Gewinnerwartungen des Projektes riefen einige Firmen auf den Plan, so die Öl- und Erdgasgesellschaften ONGC (*Oil and Natural Gas Corporation*), *Oil India Limited (OIL)*, *Jubilant Energy*, *Jubilant Oil and Gas Private Limited (JOGPL)*, *Asian Oilfield Service Limited (AOSL)* oder *Alphageo*. Eine Geschichte von Chaos und Verschleierung.

Das Unternehmen AOSL legte im Januar 2017 einen Unternehmensplan über 1,43 Milliarden Rupien (rund 19,87 Millionen Euro) vor und begann zugleich, in den Bezirken Jiribam, Tamenglong und Imphal West (Manipur) mit der Suche nach Ölfeldern. Parallel suchten Angestellte der AOSL mehrere Dörfer in der Gegend auf, so Keimai, Sibilong, Oinamlong im Tamenglong-Distrikt und Khaidem, Moidangpok, Sangaitel-Dörfer in Imphal-West-Distrikt. Außer dem Blick auf mögliche Explorationsstellen hielten sie auch Ausschau nach lokalen Bevölkerungen, die ihnen bestätigen würden, dass es keine Einwände gegen die Exploration gebe. Die Erdölgesellschaften schüren Spannungen unter den Dorfvertreter(inne)n und bieten Geld an, um eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zu erlangen.

Was kümmern die Firmen Verträge

Die ersten Arbeiten des AOSL-Unternehmens begannen Anfang Mai 2017 im Distrikt Imphal West und stießen gleich auf Vorbehalte. Angesichts der

Vorbereitungen durch die AOSL äußerten die Dorfbewohner/-innen in Khaidem am 17. Mai ihre Verwunderung, dass es weder Informationen zum Projekt gab, noch dass irgendjemand seitens AOSL offiziell an sie herangetreten war. Stattdessen schuf AOSL erste Tatsachen und begann, Bohrlöcher zu sprengen. Eine Folgenabschätzung dafür hatte die Firma nicht durchgeführt. Benachbarte landwirtschaftliche Flächen wurden durch die verwendeten Chemikalien verseucht. Am Tag darauf erwirkten die Bewohner/-innen aus Khaidem einen vorläufigen Stopp aller Öl-Explorationsarbeiten im Khaidem-Gebiet. Der örtliche AOSL-Projektmanager, Sumit Mahajan, stellte sich in einem Interview auf den Standpunkt, dass gar nicht beabsichtigt war, die lokale Bevölkerung zu konsultieren. Die Ölreserven gehörten sowieso niemandem in Manipur. Allein die Zentralregierung in Delhi könne über deren Nutzung verfügen.

Diese hatte sich durchaus auch so gezeigt. Im Frühjahr 2017 hatte das Ministerium für Erdöl und Erdgas in Delhi eine Konzession für Explora-

tions- und Bohrarbeiten an die JOGPL mit Sitz in den Niederlanden vergeben. Die Lizenz umfasste zwei Gebietsblöcke in den Bezirken Jiribam, Tamenglong und Churachandpur in Manipur.² Die indische Zentralregierung hatte bereits im Juli 2010 mit JOGPL einen Rahmennutzungsvertrag abgeschlossen, den *Production Sharing Contract*. Im Jahr 2011 hatte JOGPL seinerseits Verträge mit Alphageo und AOSL zur Ausführung der Explorationsarbeiten unterzeichnet. Im Januar 2017 schloss das Firmenkonsortium OIL mit AOSL jedoch einen eigenen Vertrag. Es sind keine Informationen zugänglich, wie die OIL die Explorationen mittels AOSL durchführen will. Es ist außerdem unklar, ob damit JOGPL aus der Ölexploration in Manipur gänzlich ausgeschieden ist und seine Lizenzen auf die OIL übertragen hat.

Was kümmern Regierung und Firmen die Rechte anderer

Dass die indigene Bevölkerung in Manipur ein Recht auf Selbstbestimmung über ihr traditionell besiedeltes Land und ihre konkreten Lebensumstände haben könnte, kam in den Planun-



Dhanabir Laishram erklärt auf einer selbstorganisierten Versammlung in Heirok die Folgen der Erdölexploration für die demographische Entwicklung und die Wasserqualität.

Bild: Social and Youth Progressive Organisation (SYPOI), Manipur

gen gar nicht erst vor. Dabei ist es kein Geheimnis, dass überall im Nordosten Indiens spezifische Rechte der lokalen Bevölkerung an den traditionellen Territorien vorliegen. Erdölunternehmen wie OIL, AOSL oder JOGPL haben ebenso wenig wie die indische Zentralregierung erkennen lassen, dass dies für sie von Belang ist. Eine solche Haltung von Seiten der Regierung und privater Unternehmen ist auch in anderen Projekten zu beobachten, etwa den groß angelegten Infrastrukturprojekten der *Trans Asian Railway*, des *Asian Highway* und der Mega-Staudämme *Tipaimukh* (1500 MW), *Pabram* (190 MW) und *Irang* (60 MW).

Nicht zu vergessen: Manipur ist in zwei Großräume von enormer ökologischer Bedeutung eingebettet: dem Biodiversitäts-Hotspot des östlichen Himalaya und dem sogenannten Indo-Burma-Hotspot. Die Erdölexploration, die Sprengung der Bohrlöcher und die spätere Förderung werden ohne Zweifel mehrere Ökosysteme in Mitleidenschaft ziehen: das *Loktak Wetland*-Ökosystem, das *Barak-River*-System, das *Manipur-River*-System sowie die fragilen Lebensgrundlagen der Menschen.³

Zentralregierung und Firmen begannen mit dem Ressourcenabbau

in den Jahren 2011, 2012 und 2017 ohne Konsultationsverfahren oder gar Zustimmung der lokalen Bevölkerungen. Relevante Informationen zur Erdölförderung, zu den positiven wie negativen Folgen wurden nicht geliefert. Dabei liegen umfangreiche Berichte zu Projekt, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, den Lizenzvereinbarungen und zur Vorteilsnahme vor. Keiner dieser Akteure hat jedoch je eine Information herausgegeben. Die von den Folgen direkt Betroffenen wissen bis heute nicht, was ausgehandelt und was an Prüfkriterien festgelegt wurde. Wahrscheinlich sollten sie auch gar nicht beteiligt werden. Selbst der Erlass von Bußgeldern gegen die Firmen *Alphageo* und *JOGPL* in den Jahren 2011 wegen widerrechtlicher Explorationsarbeiten blieb den Betroffenen vor Ort verborgen. Die Firmen hatten augenscheinlich gegen Indiens Umweltschutzgesetz von 1986 und die Regularien zur Folgenabschätzung (UVP) von 1994 verstoßen. Obwohl die Dorfbehörde des Dorfes Balongdai im Distrikt Tamenglong einen entsprechenden Prüfantrag gestellt hatte, bekam sie nie den Beschluss zu Gesicht. Die zuständige obere Behörde schwieg sich dazu aus. Erst zivilgesellschaftliche Organisationen konn-

ten einige der Informationen über das Recht auf Auskunft besorgen (*Right to Information Act*). Heute herrscht ein Klima von Misstrauen und Anspannung.

Dies wird durch die Notstandsgesetzgebung auf der Grundlage des *Armed Forces (Special Powers) Act* von 1958 (AFSPA) verschärft. Im Zuge der Erdölexplorationsvorhaben wurde die Präsenz paramilitärischer Kräfte erhöht; so etwa die des 42. Bataillons der *Assam Rifles* in Torbung im Churachandpur Bezirk. Dort soll AOSL tätig werden. Unter derartigen Bedingungen wird es in Manipur wohl zum Erwerb riesiger landwirtschaftlicher Flächen und zur Verdrängung der indigenen Gemeinschaften kommen. Eine der Hoffnungen, dass es anders kommen möge, liegt in der Aufmerksamkeit und Unterstützung durch internationale Institutionen wie dem Deutschen Bundestag oder der Europäischen Union. Sie scheinen uns geeignet, um gegenüber Indien die Verpflichtungen anzumahnen, die die Zentralregierung international eingegangen ist.

Aus dem Englischen übersetzt von Theodor Rathgeber

Zum Autor



U. Jenison Singh arbeitet als Forscher zu den Rechten indigener Völker im Nordosten Indiens und ist Mitglied des

North East Dialogue Forum Manipur.

Endnoten

- ¹ Mit einem geschätzten Gesamtumfang von 1,3 Billionen Rupien (rund 18 Milliarden Euro); Bikash Singh, ET Bureau, 9. Februar, 2016.
- ² Signing of PSC for AA-ONN-2009/2 Under NELP-VIII, www.dghindia.org/nelpviii-block.aspx.
- ³ Drinking water supply stopped in Agartala after ONGC waste leaks, IANS, 18 May 2017; <http://energy.economicstimes.indiatimes.com/news/oil-and-gas/drinking-water-supply-stopped-in-agartala-after-ongc-waste-leaks/58726322>